

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tagesblatt Pulsnitz
Postk. Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er erscheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen, hat der Verleger
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,80 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm
30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50%, Aufsatzlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt
Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober-
Niederlichtenau, Friedersdorf, Nlemeden, Mittelbach, Großnaundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Föhrers Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 14

Donnerstag, den 17. Januar 1929

81. Jahrgang

Das Wichtigste

Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ erfährt, ließ sich Reichspräsident von
Hindenburg am Mittwoch durch den Reichskanzler Müller über die
Veröffentlichung der geheimen Denkschrift Groeners in einer englischen
Zeitschrift unterrichten.

Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Paris ist der frühere fran-
zösische Ministerpräsident Clemenceau, der im 88. Lebensjahr steht,
seit einigen Tagen an Grippe erkrankt.

Dieser Tage ist in Warschau ein allen Warschauern wohlbekannter
Bettler gestorben, der seit Jahren auf den Napoleonplatz die Geige
spielte. Nach seinem Tode stellte es sich heraus, daß er mehrfacher
Hausbesitzer war und ein Gesamtvermögen von etwa 1 Million
Poloty hinterließ.

Nach einer Meldung der „D. A. Z.“ aus Peshawar haben nach dort
eingelaufenen Nachrichten von der afghanischen Grenze die Auf-
ständischen unter Führung Bach Safoos Kabul eingenommen. In
den Straßen der Stadt sind Gefechte im Gange. — Ueber das
Schicksal des neuen Königs Nayat Allah seinen Nachrichten nicht
zu erhalten.

Wie aus Moskau gemeldet wird, bringt die Telegraphenagentur der
Sowjetunion eine Meldung aus Kabul, in der gesagt wird, daß
der ehemalige König Amanullah mit einem Flugzeug der afghanis-
chen Armee nach Kandahar geflohen sei.

Bei dem Ausbruch des Krakatau wurden in 24 Stunden über 2500
Eruptionen festgestellt, von denen die stärksten eine Höhe von
420 Meter erreichten. Die Ausbrüche waren von heftigem Getöse
und Erdbeben begleitet. Man zählte ferner 268 Lavaströme und
56 Wasserausbrüche. Der unter dem Meeresspiegel befindliche Krater
des Vulkans arbeitet wieder mit derselben Stärke wie im Juni 1928.

Verstaatlichung

der Arbeitsvermittlung.

Von Dr. Konrad Döring.

Unter der Leitung des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung
und Arbeitslosenversicherung wird zur Zeit der behörd-
liche Apparat für die großzügige Uebernahme fast der ge-
samten Arbeitsvermittlung in Deutschland ausgebaut. Nach
dem hierzu erlassenen Gesetze vom 16. Juni 1927 muß mit
dem Ende 1930 jede gewerbsmäßige Stellen-
vermittlung aufhören, jedoch kann für einzelne
Berufe schon vorher die gewerbsmäßige Unterbringung von
Arbeitsuchenden verboten werden.

Zur Bewältigung dieser volkswirtschaftlich ungeheuer
wichtigen Aufgabe ist das gesamte Reichsgebiet in 13 Bezirke
aufgeteilt worden, die jedoch nicht immer nach den Provinz-
und Landesgrenzen, sondern nach ihren wirtschaftlichen Ver-
bindungen eingeteilt sind, so ist z. B. der Freistaat Hamburg
mit der Provinz Schleswig-Holstein, dem Lande Mecklenburg-
Schwerin, dem Freistaat Lübeck und mehreren Kreisen der
Provinz Hannover zusammengelegt worden. Die Stadt Ber-
lin bildet einen Bezirk mit der Provinz Brandenburg und
den Kreisen Schwerin, Meiseritz und Bomsf. Statt der
früheren 887 Arbeitsämter bestehen jetzt nur noch 362.
Dabei wurde vor allem das Ausgleichsbedürfnis
des Arbeitsmarktes in den einzelnen Bezirken
geprüft und versucht, die Verbindung von Arbeiterwohn- und
Beschäftigungsgemeinden herzustellen. Das hat dazu geführt,
daß auch hier wieder die politischen Grenzen vielfach von den
neuen Arbeitsamtsbezirken überschritten werden mußten.

Durch diese neuen Arbeitsämter werden die privaten
Bermittler allmählich verdrängt, ein insofern
bedauerlicher Vorgang, als wiederum zahlreiche selbständige
Erfahrungen wurzlos gemacht und durch Behörden ersetzt
werden. Glücklicherweise aber scheinen diese Behörden nicht
allzu bürokratisch aufgeblasen zu werden und sich den An-
forderungen des modernen Arbeitsmarktes anzupassen. Die
Grundsätze, nach denen die Arbeitsämter vorgehen sollen,
lassen sich auf die Formel bringen: „Den rechten Mann
an die rechte Stelle!“ Es ist zu hoffen, daß dieses
Prinzip mit aller Energie durchgeführt wird, damit sich der
später eintretende Mangel an gewerblichen Stellenvermitt-
lern, die oft den Platz von Vertrauensmännern sowohl bei
Arbeitnehmern wie Arbeitgebern einnahmen, nicht allzuschwer
auswirkt. Eine Anzahl von Arbeitsämtern, z. B. das viel-
seitige Arbeitsamt Berlin-Mitte, hat bereits nach diesen
Grundsätzen eine Reihe von bemerkenswerten Einrichtungen
getroffen. So sind Ausbildungs- und Umbildungskurse ein-
gerichtet worden. Hier werden geeignete Bewerber für Berufe
geschult, in denen offene Stellen, aber nicht genügend vor-
gebildete Bewerber vorhanden sind. Andere Kurse wieder
füllen die Lücken der fachwissenschaftlichen Vorbildung aus,
die sich z. B. bei Handelsangestellten, Kontoristinnen usw. be-
merkbar machen. Auch in der modernen Bürotechnik, der
Handhabung von Buchhaltungsmaschinen usw. erfolgt eine
besondere Ausbildung.

Bei der Befragung der angemeldeten Stellen soll ein
Unterschied zwischen gleichwertigen Bewerbern nicht gemacht

Verrat der Denkschrift des Reichswehrministers in England

Diebstahl beim Reichswehrministerium oder bei einer anderen Behörde?

Die Lage in Kabul

Das Reichswehrministerium und auch die Reichsregie-
rung ist von einer Meldung des „Vorwärts“ überrascht wor-
den, dem man aus London gemeldet hatte, daß Groeners
Flottendenkschrift in der englischen Hauptstadt veröffentlicht
sei. Im Interesse der Landesverteidigung war seinerzeit die
Veröffentlichung dieser Denkschrift in Deutschland abgelehnt
worden. Wenn die Veröffentlichung jetzt im Auslande er-
folgte, so stellt das einen politischen Skandal sondergleichen
dar. Die Denkschrift selbst war nur in wenigen Exemplaren
einem ganz engen Kreis zugeleitet worden.

Die aufsehenerregende Tatsache, daß eine englische Zeit-
schrift jetzt eine geheime Denkschrift des Reichswehrministers
Groener über die Notwendigkeit des Baues des Panzer-
kreuzers „A“ veröffentlicht, hat das Reichswehrministerium
zur Einleitung einer strengen Untersuchung zur
Klärung dieses Skandales veranlaßt. Es ist nicht daran zu
zweifeln, daß die englische Zeitschrift tatsächlich in den Besitz
des Originalwortlauts der Aufzeichnungen Gro-
eners gekommen ist, die der Minister vor der Entscheidung
über die Bewilligung der ersten Baubate für den Panzer-
kreuzer im Reichstag in Form eines Memorandums den
Mitgliedern des Reichskabinetts zugänglich gemacht hat. Es
konnte noch nicht festgestellt werden, ob die Denkschrift aus
dem Reichswehrministerium selbst verschwunden oder bei
einer anderen Behörde, der sie damals zugänglich
gemacht wurde, entwendet oder abgeschrieben worden ist.
Der Reichskanzler hatte bereits eine Unterredung mit dem
Reichspräsidenten,

die man auf die Veröffentlichung der Denkschrift Groeners
durch die englische Zeitschrift zurückführt. Die Denkschrift
war seinerzeit auch auf Wunsch einiger Länderregierungen
einigen Vertretern deutscher Länder in Berlin und einigen
Ministerpräsidenten und später auch einigen Reichstags-
abgeordneten zugeleitet worden.

Der Inhalt der Denkschrift.

Der Inhalt der Denkschrift ist nach den englischen Ver-
öffentlichungen folgender: Der Reichswehrminister erörtert
die Frage, welche Aufgaben die Flotte im Kriegsfall zu er-
füllen hätte und erfüllen könnte. Durch den Ertrag der alten
Dünenschiffe durch Panzerkreuzer könne die deutsche Marine
ihre Aufgaben besser erfüllen. Das Vorhandensein einer
strafforganisierten deutschen Verteidigungsmacht allein be-
deute schon eine gewisse Sicherung gegen An-
griffe auf deutsches Land. Die Polen würden
geradezu nach Ostpreußen hineingelockt werden,
falls Deutschland über keine starke Verteidigungsmacht ver-
füge. Die deutschen Streitkräfte könnten Verwendung fin-
den gegen Landraub, der wiederum von Polen aus für
möglich gehalten wird, und für den Schutz der deut-
schen Neutralität. Infolge des Versailler Vertrages
könnte die Stärke der deutschen Armee nur durch die Kampf-
probe der Flotte vermehrt werden.

Amanullah sammelt neue Truppen.

Neue Rebellenkämpfe bei Kabul.

London. Die Lage in Afghanistan ist noch immer
ungeklärt. Es scheint, daß der Rebellenführer Bacha
Saku trotz der Abantung Amanullahs erneut die Waffen
ergriffen hat in der Hoffnung, die Gewalt an sich reißen zu
können. Nach Berichten aus Neu-Delhi ist Amanullah in
Kandahar angekommen. Er soll nicht freiwillig auf den
Thron verzichtet haben, sondern dazu gezwungen worden
sein. In indischen Regierungskreisen ist man der Ansicht,
daß er von Kandahar aus nochmals den Versuch machen
werde, mit bewaffneter Hand der Situation Herr zu wer-
den. Kandahar wird von Amanullahs eigenem Stamm, den
Durranis, bewohnt, und es ist nicht ausgeschlossen, daß sich
diese nunmehr für seine Sache interessieren werden.

Seine Abdankung folgte offenbar den Vorhaltungen
seiner engeren Familie, die für sein Leben Befürchtungen
hegte. Dazu begannen die Ausständischen am vergangenen
Sonntag immer mehr die Oberhand zu gewinnen, und die
Truppen des Königs wurden fluchtartig auf die Hauptstadt
zurückgeworfen. Viele Geschütze und viel Kriegsmaterial
fiel dabei in die Hände Bacha Saksus. Nach der Krönung
Inayatullahs, der als ein indolenter und verschlagener
Mensch geschildert wird, trat in den Kämpfen eine Pause
ein, die aber nicht lange währte. Augenblicklich sollen
die Feindseligkeiten vor den Toren der Hauptstadt
wieder mit unverminderter Heftigkeit aufgenommen

worden sein. In Indien sichtet man stark für die Sicher-
heit des englischen Gesandten, Sir Francis
Sumphrys, der sich wegen seiner Freundschaft mit
Amanullah nicht übermäßig beliebt gemacht hat. Solche
Meldungen müssen allerdings mit Vorsicht aufgefaßt wer-
den, da angebliche Gefahr für seine Untertanen England
häufig zu Gegenmaßnahmen Veranlassung gegeben hat.

Die Lage in Kabul

Kabul, 17. Januar. Wie aus Kabul gemeldet wird,
verlangen die Ausständischen von dem neuen König, daß
Aman Allah vor ein Kriegsgericht gestellt wird. Bacha-
S-Sakau verlangt seine Beförderung zum General sowie die
gerichtliche Belangung aller Mitarbeiter der Reformen Aman
Allahs. Das Flugzeug, mit dem Aman Allah nach Kan-
dahar fliegen wollte, soll im letzten Augenblick von den Auf-
ständischen geraubt worden sein.

Reichsdefizit 1929 eigentlich

fogar 850 Millionen.

Rede des Reichsfinanzministers im Haushaltsausschuß.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages
gab Reichsfinanzminister Dr. Hilferding einen Ueber-
blick über den Nachtragsetat von 1928, der zugleich der
Personaletat für 1929 ist. Der Nachtragshaushalt 1928
sei gedeckt.

Der Finanzminister beschäftigte sich anschließend mit
der Haushaltslage 1928 im allgemeinen. Das Steuerauf-
kommen habe in den Monaten April bis Dezember ins-
gesamt 6811,7 Millionen ergeben. Auf den Länderanteil
entfielen 2639,6, auf den Reichsanteil 4172,1 Millionen.
Auf Grund der vorläufigen Schätzung für das letzte Viertel-
jahr werde sich für 1928 insgesamt ein Bruttomehrer-
kommen von etwa 170 Millionen ergeben. Das fliehe im
vollen Maße den Ländern zu. Für das Reich werde kein
Ueberschuß erzielt. Auf der Ausgabenseite für 1928 würde
eine Reihe über- und außerplanmäßige Ausgaben entfallen.
Ein Sach-Nachtragshaushalt werde nicht vorgelegt. Der
Finanzminister erwähnte die Ausgaben für die Ueber-
schwemmungsgebiete, die Zahlungen an Rumänien (das
deutsch-rumänische Abkommen werde dem Reichstag dem-
nächst zur Ratifizierung zugehen).

die das Soll beträchtlich übersteigenden Ausgaben für
die Krisenfürsorge

und die gesetzlichen Ausgaben für die Saisonarbeiter. Keines-
falls werde das Jahr 1928 mit einem Ueberschuß abschließen.

Der Haushalt für 1929 liege dem Kabinett vor.
Er werde ausgeglichen sein. Große einmalige Einnahmen
wie im Vorjahre seien nicht mehr vorhanden. Zusammen
mit der Erhöhung der Reparationslast um 312 Millionen
belaufe sich das Defizit für 1929 auf etwa 600 Millionen.
Selbstverständlich sei bei den Ressorts eine Reihe neuer
Anforderungen entstanden. Nach diesen Anforderungen
würde sich das Defizit auf rund 850 Millionen
belaufen. Er habe sich bemüht, meinte Dr. Hilferding, diese
Anforderungen stark herabzumindern. „Der Betrag,“ so
sagte er, „der durch neuen Steuerbedarf zu decken ist, wird
sich auf rund 350 Millionen Reichsmark belaufen. Sie sehen,
mit welcher Intensität die Einschränkung des Etats vor-
genommen ist. Dieser Etat wird aber dann in sich stabil
sein. Er wird gedeckt sein, und darin sind auch die 50 Mil-
lionen Reichsmark eingeschlossen, die als Mehraus-
gabe für den vorgelegten Personaletat entstanden sind.“

Der Finanzminister schloß: „Graf Westarp hat die Re-
parationsfrage erwähnt. Der Nachtragshaushalt 1928 ist
für eine Beratung dieser Frage nicht der geeignete Zeit-
punkt. Es handelt sich um eine faktisch-politische Frage,
deren Erörterung zunächst im Auswärtigen Ausschuß statt-
finden muß. Ich glaube in Uebereinstimmung mit dem
Grafen Westarp zu sein, wenn diese Debatte heute nicht
stattzufinden braucht. Im übrigen ist der Zeitpunkt der
Reparation eine eminent politisch-taktische Frage, deren
Entscheidung sich die Reichsregierung noch vorbehalten muß.“

Deutschnationaler Antrag auf Einberufung

des Auswärtigen Ausschusses.

Berlin. Die deutschnationale Reichstagsfraktion teilt
mit: „Angeichts des Schweigens der Reichsregierung gegen-
über dem ebenso unrichtigen wie den deutschen Interessen